

Antrag

der Abg. Elke Zimmer u. a. GRÜNE

Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung von nachhaltigen Citylogistik-Konzepten

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welchen Anteil der Lieferverkehr in den Kommunen des Landes am gesamten Verkehrsaufkommen nach ihrer Kenntnis hat;
2. auf welche Verkehrsmittel und Fahrzeugarten sich dieser Lieferverkehr nach ihrer Kenntnis zu welchen Anteilen verteilt;
3. mit welchen Maßnahmen zur Erarbeitung nachhaltiger Citylogistik-Konzepte sie die Kommunen in Baden-Württemberg unterstützt;
4. welche Beratungsempfehlungen im Bereich Energieeinsparung im Verkehr den Kommunen an die Hand gegeben werden, die eine bessere Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage im Güterverkehr in urbanen Gebieten erreichen wollen;
5. welche Maßnahmen sie zur Vernetzung und Kooperationsbereitschaft zwischen öffentlichen Akteuren und privaten Logistikakteuren für ein energieeffizientes städtisches Güterverkehrsmanagement und Planungsstrategien anbietet;
6. welche Unterstützungen das Land bei Investitionen in der nachhaltigen, emissionsarmen Belieferungen, Versorgungsketten und Wertstoffkreisläufen leistet;
7. welche Unternehmen ihr bekannt sind, die Alternativen zum Lieferverkehr durch Lastkraftwagen und Kleintransporter anbieten;
8. welche Konzepte ihr bekannt sind, die Alternativen zum Lieferverkehr durch Lastkraftwagen und Kleintransporter anbieten;
9. wie sie diese Konzepte beurteilt und das Potenzial hierfür in Baden-Württemberg einschätzt;
10. ob es bezüglich der Konzepte unterschiedliche Ansätze für Großstädte, Mittelstädte und Kleinstädte gibt.

29.05.2018

Zimmer, Niemann, Hentschel, Katzenstein, Renkonen, Lede Abal, Marwein GRÜNE

Begründung

Führende europäische Logistiker, Spediteure und Handelsunternehmen haben in den vergangenen Tagen die EU-Kommission dazu aufgerufen, verschärfte CO₂-Grenzwerte für Lkw festzulegen. Die Reduktion von CO₂-Emissionen bis 2025 um 24 Prozent würde der Branche helfen, ihre Klimaziele zu erreichen und zusätzlich dafür sorgen, dass Unternehmen Kosten von jährlich bis zu 7 700 Euro pro Fahrzeug sparen.

Das Ministerium für Verkehr hat mit Schreiben vom 24. November 2017 Nr. 4-0141.5/259*1 im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sowie dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft aufgezeigt, was bei dem Themenschwerpunkt E-Lastenräder vonseiten des Landes bereits unterstützt wird. Ein wichtiger Baustein im Bereich Citylogistik.

Große Unternehmen setzen bereits jetzt schon auf E-Lastenräder, Hybrid-Lieferwagen und vollelektrisch angetriebene Kleintransporter für selbsttätige Auslieferungen und versprechen sich davon großes Potenzial zur Senkung von Kosten und CO₂-Emissionen. Doch kommt es nicht darauf an, dass jedes Logistikunternehmen, jeder Lieferdienst ein eigenes Konzept entwickelt, das er auf alle Städte anwendet, sondern vielmehr müssen die Kommunen auf Ihre Logistikunternehmen zugehen und zusammen mit ihnen passgenaue Konzeptionen für Ihren Ort schaffen – ob durch autonome Fahrzeuge oder Lastenräder etc. Ziel muss sein, eine bessere Luft zu erhalten und den emissionsbetriebenen Verkehrsfluss zu regulieren oder besser zu steuern. Intelligente Mikro-Hub-Konzepte gehören neben der Organisation von nachhaltigen, emissionsarmen Belieferungen, Versorgungsketten und Wertstoffkreisläufen immer mitgedacht.

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag wurde vereinbart, Citylogistikkonzepte zu stärken, die auf eine gebündelte innerstädtische Verteilung der Waren setzen. Dabei sollen umweltfreundliche und lärmreduzierte Antriebsformen zum Einsatz kommen, um die Lebensqualität in unseren Kommunen wieder zu stärken. Das Land kann den Dialog der Akteure fördern und durch „Best practice“-Modelle richtungweisend wirken.